



Stadt Leipzig



Das Ergebnis des Bürgerentscheids

Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig,
Burkhard Jung, in der Ratsversammlung
am 20.02.2008

**Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig, Burkhard Jung,
in der Ratsversammlung am 20.02.2008 zum**

Ergebnis des Bürgerentscheids

Meine Damen und Herren Stadträte,
werte Gäste,

mir ist es wichtig, dass wir in der ersten Ratsversammlung nach dem 27. Januar nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern noch einmal kurz innehalten:

Der 27. Januar 2008 markiert in unserer jüngeren Stadtgeschichte ein wirkliches Ereignis. Erstmals seit der Friedlichen Revolution haben sich die Leipzigerinnen und Leipziger in einem Bürgerentscheid ihr Recht als oberster Souverän genommen, grundlegende Leitlinien der Stadtpolitik zu setzen. Mit eindeutigem Ergebnis: eine große Zahl, nahezu 150.000 Menschen, sprachen sich ohne Wenn und Aber für eine Politik des kommunalen Eigentums aus. Dieses Ergebnis ist anzuerkennen! Wir haben – gestatten Sie mir, dass ich dies allen Befürwortern des Anteilsverkaufs auch weiterhin zugestehe – in bester Absicht vorhandene Ängste und Befürchtungen unterschätzt. Ich vermute, das trifft auch auf jene Stadträte zu, die das Bürgerbegehren unterstützten.

Diejenigen unter uns, welche mit sehr guten Argumenten einen Anteilsverkauf unserer Stadtwerke befürworteten und vorantrieben, erlitten fraglos eine Niederlage. Wir sollten dennoch anerkennen – das meine ich sehr ernsthaft – , dass das ausgehandelte Ergebnis des Bieterverfahrens aller Diskussionen zum Trotz in der Sache ein außerordentlich gutes war. Nunmehr können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, müssen die Koordinaten unserer Stadtpolitik in den nächsten Monaten justieren, anders justieren.

Gestatten Sie mir nach dieser Klarstellung aber auch das nüchterne Fazit: Wurden bisher realistische Alternativen zum Anteilsverkauf aufgezeigt? Selbst diejenigen, die sich von Beginn an oder im Laufe des Prozesses gegen jede Veräußerung gestemmt haben, müssen jetzt eine gewisse Ratlosigkeit eingestehen, wie wir in Sachen Entschuldung und Neuinvestition weiter vorankommen. Diesen Eindruck habe ich in ersten Gesprächen vertieft entgegen genommen. Denn die verbleibenden Alternativen sind offenkundig und überschaubar: Einnahmeerhöhungen und Ausgabensenkungen, oder 29 Jahre warten.

Gleiches gilt für die Frage, wie unser Stadtkonzern LVV zukünftig Wachstumskurse von Tochterunternehmen finanzieren, die Stadt von Zahlungen im Zusammenhang mit Verkehrsleistungen der LVB freistellen und zugleich Beiträge zur Haushaltssicherung leisten soll – möglichst ohne Ausweitung der Verschuldung!

Aber wenden wir uns dem politischen Kern des Bürgerentscheids zu: Viele Bürgerinnen und Bürger misstrauen offensichtlich grundsätzlich, so deute ich es jedenfalls, der Privatisierung "öffentlicher" Eigentums. Das Leipziger Ergebnis reiht sich nahtlos in eine ganze Reihe ähnlicher Entscheidungen ein, beispielsweise in Hamburg oder Freiburg. Auch hier sprachen sich deutliche Bürgermehrheiten gegen einen Verkauf kommunalen Eigentums aus. Wasser- und Energieunternehmen, Krankenhäuser und Schulen, Wohnungsgesellschaften und Verkehrsbetriebe sollten im Besitz der öffentlichen Hand bleiben – so die Meinung der Bürgerinnen und Bürger.

Die Bürgerschaft verliert offenkundig den Glauben an staatliche Gestaltungskraft, wenn in ihren Augen ein Mindestmaß an Sicherheit der öffentlichen Grundversorgung verloren geht oder in regelmäßigen Abständen öffentlich immer neue Privatisierungsdebatten über unterschiedliche Kandidaten geführt werden. Dieser Tatsache kann man sich nach dem 27. Januar nicht mehr verschließen. Vielleicht ist sogar der Zenit der Privati-

sierungen, welche von einigen Seiten unter anderem aus ordnungspolitischen Gesichtspunkten stets als ein Mittel, oft auch als ein Heilmittel für Probleme jeder Art galten, überschritten. Nicht wenige Tendenzen, die über Leipzig hinausreichen, deuten darauf hin. Private Partnerschaften können nach meiner Überzeugung dennoch durchaus sinnvoll sein – aber erst nach intensiver Prüfung jeden Einzelfalles.

Eine in diesem Zusammenhang ganz entscheidende Frage wird und muss dabei lauten, wie Politik prinzipiell auf diese Entwicklungen reagiert. Eine ganz andere, nicht weniger gewichtige Frage ist ebenso zu beantworten: was kann Politik überhaupt im Zeitalter der Globalisierung gestalten und beeinflussen? Was können wir auf kommunaler Ebene wirklich gestalten und beeinflussen? Auch hier gilt es ehrlich zu sein gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern: Wir können weder die Rechtssetzung auf europäischer Ebene noch die internationale Marktentwicklung beeinflussen. Letzteres fällt bekanntlich selbst der internationalen Staatengemeinschaft sehr schwer.

Schauen wir uns die Finanzkrise in den USA an: Der Markt richtet es eben nicht in jedem Falle von selbst. Und wenn es schief geht, dann wird der Ruf nach dem Ausfallbürgen Staat immer lauter. Wie aktuell in Nordamerika, wo sogar Verstaatlichungen – man stelle sich das vor! – oder Zerschlagungen von privaten Banken bzw. Rückversicherern erwogen werden, um Schaden vom Wirtschafts- und Finanzstandort abzuwenden. Im Gegenzug wäre es aber genauso blauäugig anzunehmen, die öffentliche Hand könne das besser. Die Krise der Landesbanken in unserem Land zeigt doch gerade eindrucksvoll, dass eine Bewertung allein nach den Kriterien öffentlich oder privat bzw. die einen oder die anderen wären befähigter, zu einfach wäre.

Ebenso verhält es sich bei der Frage nach der jeweils optimalen Form der Aufgabenerfüllung auf kommunaler Ebene: Privat, PPP, PPÖ oder kommunal? Meines Erachtens ist dies stets eine Frage des Einzelfalles und

unter Würdigung aller jeweils geltenden Rahmenbedingungen zu entscheiden. Konkret auf unsere Situation bezogen hieß das für mich: Privater Partner für die Stadtwerke "JA", für das St. Georg, die Stadtreinigung, die LWB kategorisch "NEIN"! Die Bürgerinnen und Bürger haben darauf mit einem generellen "NEIN" gestimmt – und damit müssen wir nun umgehen. Dabei jedoch auf zusätzliche Hilfe von Bund und Land zu setzen, bei allem Respekt, ist blauäugig. Ungeachtet dieser Tatsache werden wir dadurch in keinerlei Weise unmittelbar und aktuell geltende rechtliche Rahmenbedingungen für unsere Finanz- und Investitionsplanung vor Ort außer Kraft setzen können. Mehr noch, es entbindet uns alle miteinander nicht von einschneidenden Grundsatzentscheidungen in den nächsten Monaten.

Vor einigen Tagen erreichte mich in diesem Zusammenhang ein Brief der Initiatoren des Bürgerentscheids. Darin wird eine Gesprächsrunde angeregt, in welcher Vorschläge der Bürgerinitiative für den kommunalen Haushalt und Haushaltsplan unterbreitet werden sollen. Ich gehe davon aus, dass diese inhaltlich deutlich über bisherige, eher vage Vorstellungen von mehr Zuwendungen anderer staatlicher Stellen hinausgehen. Ja, ich biete hierzu meine Hand an und werde die Bürgermeisterin für Finanzen, Bettina Kudla, bitten, dieses Gespräch zu führen.

Im Gesamtkontext wird zu beachten sein, dass wir über den AGENDA-Prozess und die Einbindung von Stadtbezirksbeiräten de facto bereits über institutionalisierte Beteiligungsverfahren verfügen. Schön und aus meiner Sicht effektiv wäre es, wenn man sich hier auf Seiten der Akteure zu einem Netzwerk, zu einem Netzwerk, zusammenschließen könnte und wir nicht mit einzelnen Initiativen separat zu reden hätten, sondern zusammen am Tisch säßen.

Es gibt ein zweites Ergebnis des Bürgerentscheids und hier wiederhole ich in voller Überzeugung, was ich bereits am Abend des 27. Januar sagte. Den einen oder anderen mag dies vielleicht überrascht haben und

womöglich glaubte es auch nicht jeder. Ich meine es dennoch zutiefst ernst: Leipzig hat durchaus etwas gewonnen in diesem Bürgerentscheid! Die Leipzigerinnen und Leipziger haben sich in unerwartet hoher Zahl für eine Sachfrage in dieser Stadt interessiert. Sie haben ihre Identifikation mit ihrem Zuhause, ihrem Gemeinwesen eindrucksvoll bestätigt. Auch wenn mir in diesem Einzelfall das Ergebnis nicht zusagt, so bleibt es doch eine herausragende Botschaft! Denn: Die Stadt ist die Schule der Demokratie. Wir Leipziger können mit Fug und Recht sagen: Die Bürgerstadt ist eben keine Marketingerfindung, welche uns gern und leicht über die Lippen geht, sondern offensichtlich gelebte Realität. Das Argument der Entpolitisierung der Leipzigerinnen und Leipziger jedenfalls ist seit diesem Sonntag mindestens entkräftet. Auch wenn ich mir ein anderes Ergebnis gewünscht hätte.

Wir in Leipzig besitzen eine lange Tradition des bürgerschaftlichen Engagements. Und ohne das Potential an Menschen, die spontan und ohne "amtlichen" Impuls etwas bewegen wollen, bleibt Bürgerorientierung eine Adresse ohne Anschrift. Seit der Friedlichen Revolution haben sich in Leipzig Bürgerinnen und Bürger in Vereinen zusammengeschlossen, um etwa die Renovierung der Thomaskirche voranzutreiben, das Gohliser Schlösschens zu unterstützen, die Restaurierung des Völkerschlachtdenkmal aktiv zu betreiben – und, und, und....

Dazu verfügen wir bekanntlich über eine im Vergleich zu anderen Kommunen unserer Größenordnung vielfältige Form bürgerschaftlicher Einflussnahme auf die Stadtgesellschaft. Bürgervereine, Ehrenämter, Quartiersmanagement und Planspiele, Bürger- und Mittelstandssprechstunden, Freiwilligenagentur, Beiräte, Kinder- und Familienbeirat sowie Familienstadt Leipzig ... – diese Liste ließe sich problemlos fortsetzen. Lassen Sie mich noch einmal betonen: ich nehme das überaus ernst und begleite es mit großer Sympathie. Und ich weiß, dass das Engagement der Beteiligten außerordentlich ist.

Es ist mein fester Wille, dass wir gemeinsam mit Ihnen, den Stadträtinnen und Stadträten, derartige Formen bürgerschaftlichen Engagements weiter unterstützen, bekräftigen. Denn Bürgerbeteiligung hilft gegen Politikverdrossenheit und Desinteresse am Gemeinwesen, weil wir Menschen ernst nehmen, wenn wir sie teilhaben lassen.

Bürgerbeteiligung bringt zudem das soziale Wissen der betroffenen Menschen in die Diskussion, in Entscheidungsprozesse ein und garantiert einen möglichst umfassenden Blick auf zu lösende Probleme. Und schließlich zwingt Bürgerbeteiligung auch die Experten, ihr Fachwissen in der konkreten Situation zu überprüfen, dieses veränderbar zu halten. Es ist sicher anstrengend, dessen bin ich mir sehr wohl bewusst, vor Ort beispielsweise eine Verkehrsplanung immer wieder durchzuspielen und durchzusprechen. Ebenso ist es eine Mahnung an uns alle, auch bei unterschiedlichem Politikverständnis oder unterschiedlicher politischer Überzeugung die Bürgerschaft einzubeziehen.

Das habe ich in der Tat gelernt: Wir versäumten, da nehme ich zumindest 60 Prozent dieses Stadtrates nicht aus, die Menschen in unsere Vorstellung von Privatisierung mitzunehmen. Mit anderen Worten: Wenn wir so grundlegende Entscheidungen treffen, appelliere ich an jede Partei, jede Fraktion, intensiv auf die Leipzigerinnen und Leipziger zuzugehen, für die eigene Überzeugung zu werben. Mit dem Ohr nah am Bürger, an der Bürgerin – aber dabei nicht zu schnell vorauszuweichen. Das, weiß ich heute, habe auch ich nicht ausreichend berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir einen Kommentar zum Ergebnis des Bürgerentscheids in seiner Bedeutung für unsere parlamentarische Ordnung. Bei allem Enthusiasmus über Bürgerbeteiligung sollten wir uns vor Illusionen hüten. Bürgerbeteiligung bleibt ein Korrektiv der parlamentarischen Prozesse. Sie lotet Möglichkeiten und Grenzen aus, aber eben Möglichkeiten und Grenzen nichtparlamentarischer und parteiunabhängiger Politikformen. Sie ist in der Kommune eine wünschenswerte und

wichtige Figur, aber sie ist nicht die „bessere“ oder „eigentliche“ Form politischer Aktivität. Bürgerschaftliches Engagement bleibt in hohem Maße von staatlichen Strukturen und Unterstützung abhängig. Dies erleben wir bei jeder Haushaltsaufstellung von Neuem. Bürgerengagement kann und muss daher, wenn ich so sagen darf, die offizielle Politik begleiten. Bürgerengagement kann ein kontinuierliches, systematisches und verlässliches politisches Handeln von Gremien und Verwaltung nicht ersetzen.

Alle Beteiligungsformen haben innerhalb unserer parlamentarischen Demokratie ihr Gewicht. Aber ihnen kommt eine spezielle Bedeutung zu. So wichtig und nötig diese Figuren sind, sie befreien uns, Politik und Verwaltung, nicht von der Last der Entscheidung. Das Abwägen zwischen Vorstellungen der Bürger und Planungsgrundsätzen, zwischen Expertenmeinungen und unterschiedlichen wirtschaftlichen wie politischen Interessen bleibt der Verwaltung und letztlich dem Stadtrat vorbehalten. Ob wir wollen oder nicht: Bürgerbeteiligung bedarf einer klaren Grenzziehung zwischen öffentlicher Beratung und der Entscheidung im Stadtrat. Die Verantwortung gewählter Repräsentanten lässt sich nicht delegieren. Ich sage dies nicht, um plebiszitären Formen ihren Wert zu nehmen. Sondern ich sage es, um die gewählten Repräsentanten der Bürgerschaft hier im Stadtrat an ihre Verantwortung zu erinnern.

Denn dieses Ergebnis wirft natürlich auch politische Fragen auf. Meine Position ist hier klar: Die Entscheidung der Leipziger verpflichtet uns zu einer neuen Politik des kommunalen Eigentums. Auf lange Zeit, ich prognostiziere, weit über drei Jahre hinaus, werden wir Verkäufe unserer großen Beteiligungsunternehmen nicht vorschlagen können. Hier sehe ich mich durch das Ergebnis des Bürgerentscheids, so bedauerlich es im Einzelfall Stadtwerke aus meiner Sicht auch war, in der Sache bestärkt: Dieser Bürgerentscheid ist ein klares Bekenntnis zu unserer kommunalen Wirtschaft.

Wir stehen nun vor der Aufgabe, auf diesem Fundament eine Politik des kommunalen Eigentums zu entfalten. Es wird schwer, sorgsam abzuwägen und nicht allzu einfach und schlicht zu bestimmen: Daseinsvorsorge hört an dieser Stelle auf und dort noch nicht. Wir müssen unser kommunales Eigentum mehren! Damit sind wir bei den Eigentümerzielen der LVV, wir sind beim Thema, wie wir uns miteinander aufstellen in den kommenden Jahren und ich appelliere an Sie alle: Hüten wir uns vor Schnellschüssen, diskutieren wir in Ruhe, beziehen wir die Unternehmen ein und gehen wohl überlegt die nächsten Schritte. Ich jedenfalls werde nicht zu vorschnell als Lokomotive davon fahren und die Waggons abgehängt haben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort.

Stadt Leipzig
Der Oberbürgermeister

20.02.2008